

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

07. – 13. Juni 2025

Vom 9. bis 13. Juni fand im südfranzösischen Nizza die UN-Ozeankonferenz statt. Um Lösungen für die durch Überfischung und Klimawandel verursachten Probleme zu finden, waren Vertreter von über 130 Staaten anwesend. Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron empfing die meisten der geladenen Gäste bereits am Freitagabend zu einem Eröffnungsdinner. In seiner Eröffnungsrede sagte Macron: „Es ist heute ein Sieg, den wir feiern.“ Von den 130 Vertretern waren auch rund 60 Staats- und Regierungschefs nach Nizza gereist – weit mehr als bei der zweiten Auflage des UN-Gipfels im Jahr 2022. In Nizza abwesend war hingegen US-Präsident Donald Trump.

In einem Fernsehinterview am Dienstag, dem 10. Juni, das sich insbesondere um die Ozeankonferenz drehte, kündigte Emmanuel Macron zudem eine Reise nach Grönland an. Der Staatspräsident sagte in Bezug auf die USA: „Ich fahre nach Grönland, um mich mit dem grönländischen Premierminister zu solidarisieren (...) und um zu sagen: Wir sind da und wir sind bereit, uns wieder zu engagieren, damit es keine gewaltsame Aneignung und keine Bedrohungen mehr gibt.“

Frankreich trauert um eine Schülassin, die am Dienstag, dem 11. Juni, in Nogent (Haute-Marne) von einem Schüler mit Messerstichen getötet wurde. Der Täter sagte den Ermittlern laut dem Staatsanwalt, er habe nach Disziplinarstrafen gegen ihn vorgehabt, „irgendeine“ Aufsichtsperson anzugreifen. Der Täter drücke „weder Bedauern noch Mitgefühl für das Opfer aus“, so die Staatsanwaltschaft. Er zeige „keine Anzeichen, die auf eine mögliche psychische Störung hindeuten“, scheine aber „den Bezug zum Wert des menschlichen Lebens verloren zu haben“. Die Bildungsministerin Elisabeth Borne kündigte für Donnerstagmittag eine Schweigeminute zu Ehren der Erziehungsassistentin in allen Schulen an. Die Messerattacke löste in Frankreich eine Debatte über Messerverbote, aber auch über den Zugang zu Social Media für Jugendliche aus. Premierminister François Bayrou kündigte per Erlass das Verbot des Verkaufs von Messern an Minderjährige an. Emmanuel Macron bekräftigte am Dienstag, dem 10. Juni, dass Frankreich innerhalb der nächsten Monate soziale Netzwerke für Kinder unter 15 Jahren verbieten werde, sofern dies nicht auf europäischer Ebene geschieht.

Nach Informationen der französischen Mediengruppe TF1 könnte der Automobilhersteller Renault demnächst Drohnen in der Ukraine herstellen. Auf dem zur Mediengruppe gehörenden Sender LCI bestätigte Verteidigungsminister Sébastien Lecornu am vergangenen Freitag, dass sich ein französischer Automobilhersteller an der Herstellung von Militärgütern in der Ukraine beteiligen werde, ohne jedoch konkret Renault zu erwähnen. Am Sonntag, dem 8. Juni, gab Renault selbst bekannt, dass das französische Verteidigungsministerium mit dem Unternehmen in Kontakt getreten sei, um militärische Drohnen zu produzieren. Der Automobilhersteller erklärte: „Es hat ein Austausch stattgefunden, aber es ist noch keine Entscheidung getroffen worden, da wir insbesondere auf nähere Angaben zu diesem Projekt seitens des Ministeriums warten.“ Laut Verteidigungsminister Lecornu würde die Partnerschaft einen großen Mehrwert für Frankreich darstellen, da das Land damit seinen Rückstand im technologischen Wettrennen aufholen könnte.

Frankreich hat seine Wachstumsprognose für das Jahr 2025 erneut herabgestuft. Die französische Notenbank „Banque de France“ senkte am Mittwoch, dem 11. Juni, zum zweiten Mal innerhalb von drei Monaten ihre Wachstumsprognose für Frankreich im Jahr 2025 auf 0,6 %. Als Grund nannte sie die Erhöhung der US-Zölle in einem ohnehin sehr unsicheren Klima. Nach 1,1 % im Jahr 2024 geht die Zentralbank nun davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in diesem Jahr um 0,6 % steigen wird, gegenüber 0,7 % im März und 0,9 % zuvor. Die neue Prognose liegt unter der der Regierung (0,7 %) und entspricht den Prognosen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sowie des Internationalen Währungsfonds. Prognostiziert wird eine anschließende graduelle Erholung, die jedoch weniger stark ausfallen soll als bisher erwartet: Die Wachstumsrate soll 2026 bei 1 % (–0,2 %) und 2027 bei 1,2 % (–0,1 %) liegen.

In Anbetracht des Mangels an Pflegepersonal und des steigenden Bedarfs wurde seitens der Regierung am Mittwoch, dem 11. Juni eine Neugestaltung der psychiatrischen Versorgung angekündigt. Etwa ein Drittel der Stellen für Krankenhausärzte ist unbesetzt, während sich die Zahl der Patienten in den letzten 20 Jahren verdoppelt hat und die Zahl der Betten reduziert wurde. Der Plan besteht aus drei Achsen: Die erste Achse zielt auf die Förderung der Früherkennung und des frühzeitigen Eingriffs ab, insbesondere bei Jugendlichen im Alter von 12 bis 25 Jahren. Die zweite Achse zielt darauf ab, eine „lesbare und zugängliche Psychiatrie“ zu fördern, um eine bessere Behandlung vor, während und nach einer akuten Krise zu ermöglichen. Die Regierung hat das Ziel, eine „Wiederaufbau“-Initiative für die Psychiatrie zu implementieren. Diese soll in einer Intensivierung der Ausbildung der Medizinstudierenden sowie der Implementierung eines fortgeschrittenen Psychiatrie-Moduls an sämtlichen Fakultäten bestehen. Das Modul ist mit einem Praktikum verbunden. Die Finanzierung dieses Vorhabens wurde bisher nicht konkretisiert.

Die französische Europaabgeordnete Rima Hassan von der linkspopulistischen Partei La France insoumise befand sich an Bord des Schiffes Madleen, das Hilfsgüter nach Gaza bringen sollte. Sie ist am 12. Juni wieder in Paris angekommen. Insgesamt zwölf Aktivisten und Journalisten (aus Frankreich, Deutschland, Brasilien, der Türkei, Schweden, Spanien und den Niederlanden), darunter die Klimaaktivistin Greta Thunberg, waren am 1. Juni mit Madleen von Italien aus in den Gazastreifen aufgebrochen. Unmittelbar nach ihrer Rückkehr wurde Rima Hassan auf dem Pariser Place de la République von einer „Ehrenformation“ aus etwa 15 Abgeordneten der Partei, darunter ihr Gründer Jean-Luc Mélenchon, empfangen. Mélenchon huldigte Hassan mit den Worten: „Sie ist eine Frau, die uns eine Lektion in Sachen Mut erteilt hat. Junge Frauen, junge Mädchen, versucht alle, wenn ihr erwachsen seid, Rima Hassan zu sein“. Rima Hassan selbst sagte zu ihrer Aktion: „Jeder weiß, dass sie symbolisch war, aber sie war eminent politisch.“

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Der französische Ministerrat hat am Donnerstag, dem 12. Juni, sowohl die Auflösung der antifaschistischen Bewegung „Jeune Garde“ als auch der ultrarechten Gruppierung „Lyon populaire“ ausgesprochen. Dies verkündete Innenminister Bruno Retailleau via X. Dagegen wurde das Dekret zur Auflösung der Gruppe „Urgence Palestine“, dass er zusammen mit den Auflösungen von „Jeune Garde“ und „Lyon populaire“ angekündigt hatte, nicht im Ministerrat vorgelegt. Die „Junge Garde“ wurde im Jahr 2018 von Raphaël Arnault gegründet. Arnault ist seit 2024 Abgeordneter von La France insoumise und bezeichnet sich selbst als „materialistischer Marxist“. Retailleau beschuldigt diese und die anderen Gruppierungen, zu gewalttätigen Handlungen gegen Personen aufzurufen. „Lyon populaire“ wirft er vor „die Kollaboration mit dem Nationalsozialismus zu verherrlichen und zu Hass, Gewalt und Diskriminierung gegenüber Ausländern aufzurufen“.

DIE ZAHL DER WOCHEN

9. Juni

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	6
9	8	2	0
1	6	2	0

Vor einem Jahr, am 9. Juni 2024, kündigte Emmanuel Macron die Auflösung der Nationalversammlung an, was zu neuen Parlamentsneuwahlen am 7. Juli 2024 führte. Ein Jahr nach der Auflösung bekräftigte Emmanuel Macron, dass es sein „Wunsch“ sei, „dass es keine weitere Auflösung“ der Nationalversammlung gebe, ohne dies jedoch völlig auszuschließen. „Es ist nicht meine Art, auf ein verfassungsmäßiges Recht zu verzichten“, so Macron. „Denn wenn sich politische Parteien dazu entschließen sollten, völlig verantwortungslos zu handeln und das Land zu blockieren, könnte ich mich in einer Lage wiederfinden, in der ich gezwungen bin, die Verfassung anzuwenden“, fügte er hinzu.